

Einigkeit in der Flüchtlingsfrage!

Ein dramatischer Appell von KHD-Obmann Josef Feldner

Umfragen zufolge machen sich mehr als 80 Prozent der Bevölkerung angesichts eines täglich weiter anwachsenden, weitestgehend unkontrollierbar gewordenen Flüchtlingsstroms mit noch nicht annähernd absehbaren Folgen große Sorgen um die Zukunft. Die Menschen befürchten eine massive Verschlechterung ihres Lebensstandards und steigende Arbeitslosigkeit mit anwachsenden Sozialkonflikten. Viele Menschen haben Zweifel, ob die Massenzuwanderung extrem heterogener Völkergruppen konfliktfrei möglich ist und ob Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit auch in Zukunft gewährleistet sein werden.

Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX hat bis August seit 1. Jänner 2015 mehr als 500.000 Migranten gezählt. Schon damals hatten 257.000 hievon in Deutschland um Asyl angesucht. An die 200.000 befanden sich Mitte September noch auf der Balkanroute mit stark steigender Tendenz. Bis zum Ende des Jahres werden eine Million Migranten allein in Deutschland und 100.000 in Österreich erwartet. Migranten in mindestens gleich hoher Anzahl sind auch 2016 und in den Folgejahren zu erwarten.

Das berechtigt zur Sorge, dass eine schon jetzt nicht mehr gegebene Aufnahmekapazität sukzessive noch weiter überschritten wird. Das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ befürchtet im Beitrag „An der Grenze“ „unabsehbare Folgen für Schulen, Arbeitsverwaltung und Wohnungsmarkt“.

Angesichts des Massenansturms der letzten Wochen haben einzelne EU-Staaten auf die nach dem „Dublin-Abkommen“ nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen notwendige Erfassung und Identifizierung an der EU-Außengrenze weitestgehend verzichtet. Aber auch die EU-Binnenländer sehen und sehen sich zumeist nur als Durchreiseland für Migranten auf dem bevorzugten Weg nach Deutschland als Ergebnis einer bereits viel kritisierten, als



Einladung zum Kommen aufgefassten „Willkommenskultur“ mit unglaublicher Sogwirkung in den Herkunftsländern. Eine signalisierte Bereitschaft, alle Flüchtlinge aufzunehmen, gefährdet nicht nur den Lebensstandard der eigenen Bevölkerung, sie ist auch höchst inhuman, zumal sie bei Migranten Hoffnungen weckt, die nicht erfüllt werden können. Dass auch Kriegsflüchtlinge, von denen sich übrigens viele bereits seit Jahren in Aufnahmelagern sicherer Anrainerstaaten befunden hatten, kein Recht auf freie Wahl ihres Aufnahmelandes haben, wird zwar weitgehend anerkannt, aber in der Praxis nicht beachtet.

Eine weitere Tatsache: Nur ein geringerer Teil der Migranten sind Kriegsflüchtlinge und somit asylberechtigt. Der größere Teil sind nicht asylberechtigende Wirtschaftsflüchtlinge aus als sicher eingestuft Ländern. Diese müssten abgeschoben werden.

Das zeigt eine Statistik des deutschen „Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“ über die Herkunftsländer der Asylbewerber in Deutschland im Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. Juli 2015. Demnach kommen von 195.723 Migranten, die einen Asylantrag gestellt haben, 76.506 aus den sicheren Balkanländern Kosovo, Albanien, Serbien und Mazedonien, sind somit Wirtschaftsflüchtlinge ohne Asylrecht. Nur 42.100 sind oder geben zumindest an, aus Syrien zu sein. 8.252 kommen aus afrikanischen und 24.071 aus asiatischen Kriegsgebieten. 44.794 werden unter „Sonstige“, somit als offenkundig nicht zuteilbar, geführt. Daraus ergibt sich, dass weit mehr als die Hälfte der Migranten Wirtschaftsflüchtlinge sind, die sich als „Trittbrettfahrer“ den tatsächlich Schutzbedürftigen angeschlossen haben. Es sei nochmals be-

Nur ein geringer Teil der Einwanderer sind Kriegsflüchtlinge und damit schutzbedürftig.

tont, dass Wirtschaftsflüchtlinge mangels Asylgrund konsequent abzuschieben sind.

Mit Toleranz gegenüber jenen - Berichten zufolge - Zehntausenden, die nur vorgeben, aus dem Kriegsgebiet Syrien zu kommen, ohne das nachweisen zu können, wird dem Einschleusen von Terroristen Vorschub geleistet, was ein enormes Sicherheitsproblem darstellt.

In großer Sorge um die Zukunft Kärntens, Österreichs und Europas, appellieren daher die Mitglieder des KHD-Vorstands an die Bundesregierung sowie an alle im Parlament und im Kärntner Landtag vertretenen Parteien, solidarisch mit den anderen europäischen Staaten unter strikter Beachtung christlicher Grundregeln der Humanität, der Menschenrechte, aber insbesondere auch der österreichischen und europäischen Rechtsordnung, unsere nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen.

Die Position des Kärntner Heimatdienstes: Bekenntnis zum interkulturellen Dialog auch mit Zugewanderten aus anderen Kulturkreisen. Der Kärntner Heimatdienst hat sich in seinem Vereinsprogramm verpflichtet, um die Erhaltung der territorialen, der sozialen und der ökonomischen Integrität unserer Kärntner Heimat im Verbund mit Österreich in einem friedlich vereinten Europa bemüht zu sein.

Das schließt ein Bekenntnis zu Asyl als humanitäres Gebot ebenso wenig aus wie die Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben und zum interkulturellen Dialog mit legal in unser Land eingewanderten Menschen auch aus anderen Kulturkreisen, sofern diese unsere Gesetze beachten, unsere Sprache erlernen sowie unsere Lebensweise und unsere Kultur respektieren.

Das alles gilt es, vor allem auch von den Zehntausenden in den vergangenen Wochen und Monaten in unser Land geströmten Flüchtlingen einzufordern.

Wir würdigen das Bemühen der Hilfsorganisationen um menschenwürdige Behandlung aller Flüchtlinge, erwarten dabei jedoch Verständnis dafür, dass wir auch dabei stets um das Wohl unserer eigenen Bürger und um das Wohl unserer kommenden Generationen bemüht sein müssen.

Auf dieser Basis ruft der Kärntner Heimatdienst die politisch Verantwortlichen unseres Landes auf, über ideologische Grenzen hinweg im Einvernehmen mit öffentlichen wie zivilgesellschaftlichen, religiösen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen, das Wohl unserer Heimat an die Spitze zu stellen und zur Bewältigung der neuen gewaltigen Herausforderungen an einem Strang zu ziehen, um gleichsam eine „Allianz der nationalen Einheit“ zu bilden.

Dabei ist über folgende Grundsätze Übereinstimmung zu erzielen:

- Ursachen der Massenbewegung nach Europa sind seit Jahren andauernde blutige kriegerische Auseinandersetzungen, aber auch durch verfehlte Politik, Korruption und Unfähigkeit verursachte Not und Armut in den Herkunftsländern.

Der Bekämpfung dieser Ursachen muss in der Flüchtlingsfrage oberste Priorität beigemessen werden. Österreich hat in- und außerhalb der EU vorrangig alle Initiativen zu unterstützen, die auf die Beendigung des Krieges in Syrien, im Irak und in den anderen Kriegsgebieten und damit auch auf das Ende des Flüchtlingsstromes abzielen.

- Parallel dazu ist auf die EU verstärkt Druck auszuüben, die Kriegsanhängerstaaten finanziell zu unterstützen, um das massenhafte Abwandern nach Europa zu unterbinden. Überdies ist speziell auf Saudi-Arabien und die ebenfalls reichen Golfstaaten mit Nachdruck einzuwirken, ihren arabischen schutzbedürftigen Brüdern auf jede erdenkliche Weise Hilfe zu bieten.

- Das Asylrecht gilt nur für Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte und ist nicht auf Wirtschaftsflüchtlinge anzuwenden.

Österreich hat die von der EU-Kommission vorgeschlagene Quote dreifach übererfüllt.

- Die Aufnahme von Asylberechtigten muss Beschränkungen unterliegen und ist innerhalb der EU nach Quoten aufzuteilen. Es gibt für Flüchtlinge keinen Anspruch auf ein bestimmtes Land.

- Österreich hat die von der EU-Kommission vorgeschlagene Quote als einziges EU-Land bereits um mehr als das Dreifache übererfüllt. Für die bereits übererfüllte Aufnahme von Flüchtlingen ist eine Kostenübernahme zu fordern. Das umso mehr, als durch den gewaltigen Flüchtlingszustrom Schätzungen zufolge Gesamtkosten in der Höhe von i Milliarden Euro erwartet werden.

- Auf die Staaten mit EU-Außengrenzen ist Druck auszuüben, das „Dublin-Abkommen“ hinsichtlich Registrierung und Identifizierung strikt einzuhalten. Migranten ohne Reisedokumente sind nur in begründeten Ausnahmefällen aufzunehmen. Diese Pflicht haben aber auch die EU-Binnenländer, somit auch Österreich. *